

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Mick, Dr. Schneider, Dr. Jahn (Münster), Dr. Klein (Stolberg), Eigen, Nordlohne, Ey, Dr. Hupka, Dr. Wittmann (München) und der Fraktion der CDU/CSU

betr. wohnungspolitische Maßnahmen der Bundesregierung für Spätaussiedler

Die Bundesregierung hat am 12. Mai 1976 ein Sonderprogramm für die Eingliederung von Spätaussiedlern beschlossen. Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt die beschlossenen Maßnahmen, ist jedoch der Auffassung, daß die Bundesregierung darüber hinaus in Zusammenarbeit mit den Ländern Maßnahmen ergreifen muß, die

- es den Aussiedlern ermöglichen, dort eine Wohnung zu finden, wo auch Arbeitsplätze vorhanden sind und
- durch eine großzügige Wohngeldregelung den Aussiedlern das Aufbringen der für ihre Verhältnisse außerordentlich hohen Mieten erleichtert.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Welche Vereinbarungen hat die Bundesregierung mit den Ländern bezüglich der Wohnungsbauprogramme bzw. anderer wohnungspolitischer Maßnahmen zugunsten von Spätaussiedlern getroffen?
2. Ist die Bundesregierung bereit, in Kooperation mit den Ländern die wohnungsmäßige Eingliederung der Aussiedler mit der berufsmäßigen Eingliederung weitestgehend zu verbinden?
3. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, Spätaussiedler im Rahmen der Freibeträge für besondere Personengruppen im Zweiten Wohngeldgesetz stärker als bisher zu begünstigen?
4. Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Anträge von Spätaussiedlern auf Lastenausgleich beschleunigt behandelt werden?

Bonn, den 23. Juni 1976

Mick
Dr. Schneider
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Klein (Stolberg)
Eigen

Nordlohne
Ey
Dr. Hupka
Dr. Wittmann (München)
Carstens, Stücklen und Fraktion